

Bericht über die Gemeinderatssitzung am 22.09.2022 im Bürgersaal

Bürgerfrageviertelstunde

Aus der Bürgerschaft wurde gefragt, wie die Aufgaben im Zivil- bzw. Katastrophenfall verteilt seien und wie sich die Gemeinde auf diverse Notfallszenarien vorbereite. Bürgermeister Markus Häußler informierte, dass die Gemeinde, insbesondere die Feuerwehr, Alarm- und Einsatzpläne für verschiedene Szenarien habe. Zivilschutz sei Aufgabe des Bundes und betreffe den Verteidigungsfall. Katastrophenschutz liegt in der Zuständigkeit der Länder. Die unteren Katastrophenschutzbehörden sind bei den Landratsämtern angesiedelt. Dort gebe es Alarm- und Einsatzpläne für größere Schadenslagen. Die Gemeinde selbst bereite sich so vor, wie sie könne. Feuerwehr und Ordnungsamt hätten in diesem Kontext in den vergangenen Tagen die Bürgerschaft über Crossiety informiert, wie man sich selbst vorbereiten könne. Die Eigenverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger nehme einen hohen Stellenwert bei der Notfallvorsorge ein.

Eine weitere Frage nach der Zukunft der Gaststätte Harmonie wurde hintenangestellt, weil sich die Antwort daraus aus dem entsprechenden Tagesordnungspunkt ergibt.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen

Die Verwaltung informierte den Gemeinderat zum aktuellen Stand des vom Bund beschlossenen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung. Die Gemeinde sei an weiteren Schritten zum bereits beschlossenen Neubau der Kernzeitbetreuung im Ortsteil Unterkirchberg gehindert, weil die Rahmenbedingungen von Bund und Land nach wie vor nicht definiert worden seien. In diesem Jahr sei es in einem Kraftakt gelungen, allen Grundschulern einen Betreuungsplatz in der Kernzeitbetreuung anzubieten. Im Ortsteil Unterkirchberg sei man nun allerdings am Limit. Mehr Kinder könnten nicht aufgenommen werden.

Der Anspruch auf Ganztagsbetreuung gilt ab dem 1. August 2026 für alle Werktage, die Schultage sind, im Umfang von acht Zeitstunden. Ausgenommen sind gesetzliche Feiertage. Er gilt auch während der Ferien. Durch eine landesrechtliche Regelung können Schließzeiten von maximal vier Wochen innerhalb der Schulferien vorgesehen werden. Eine landesrechtliche Regelung steht in Baden-Württemberg noch aus.

Offen sind darüber hinaus noch folgende Fragenkomplexe:

- (1) Verankerung der Aufsicht im Schulgesetz und welche Anforderungen und Standards daran geknüpft sind.
- (2) Finanzierung und Gewährleistung der Komplementärfinanzierung durch das Land. Mit den vom Bund bereitgestellten Finanzmitteln wäre der Anspruch nicht finanzierbar.
- (3) Maß der Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs und Ermittlung des Bedarfs.
- (4) Erforderliche Qualifikation des Personals und Ermittlung des Personalbedarfs. Angesichts der unklaren Anforderungen befürchten u. a. die kommunalen Spitzenverbände, dass der Fachkräftemangel im Kita-Bereich durch den Rechtsanspruch noch weiter verschärft wird.
- (5) Räumliche Erfüllung des Rechtsanspruchs bzw. inwieweit auch interkommunale Angebote in der Lage sind, den Anspruch zu erfüllen.

Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen – Ergebnisse möglicher Ansätze zur Ausweitung der Betreuungskapazitäten

Der Gemeinderat hatte den Kindergartenausschuss und die Verwaltung in der Sitzung am 19. Mai 2022 mit der Ermittlung von Lösungsansätzen beauftragt. Die

Bevölkerungsentwicklung und damit der Betreuungsbedarf im Gemeindegebiet nimmt deutlich stärker zu, als noch vor wenigen Jahren angenommen.

Der Kindertagenausschuss empfahl dem Gemeinderat aufgrund der Bedarfsplanung zusätzliche Betreuungsplätze im Ortsteil Unterkirchberg vorzusehen. Dort sei mit dem größten Bedarf zu rechnen. Als zukünftige Zielmarke sollen 35 Betreuungsplätze für die mittelfristige Bedarfsplanung vorzusehen. Ergänzend soll der Antoniuskindergarten im Hinblick auf eine bauliche Erweiterung einer Machbarkeitsstudie unterzogen werden.

Der Gemeinderat folgte dem Beratungsergebnis und beschloss darüber hinaus, im Kindergarten St. Franziskus eine altersgemischte Gruppe in eine Regelgruppe umzuwandeln sowie die Betreuungsform „Verlängerter Vormittag (VV)“ und „Regelbetreuung (RG)“ jeweils um 15 Minuten anzupassen. Außerdem soll mit der Kindertagespflege Fröscher GmbH & Co. KG eine Kooperation aufgebaut werden.

Sanierung der katholischen Kirche St. Sebastian – Anteil der bürgerlichen Gemeinde

Das katholische Verwaltungszentrum Ehingen legte nun die Abrechnung für die Sanierung der katholischen Kirche St. Sebastian vor. Während der Bauphase trat eine erhebliche Kostensteigerung ein. Noch im Januar 2021 war man von 125.000 € ausgegangen. Die Gesamtkosten beliefen sich nun auf 186.478,07 €. Die Gemeinde Illerkirchberg ist vertraglich verpflichtet, die Hälfte der Sanierungskosten zu übernehmen. Der Vertrag stammt aus dem 19. Jahrhundert. Der Gemeinderat erkannte die Abrechnung an und beauftragte die Verwaltung mit der Auszahlung.

Ehemalige Gaststätte Harmonie

Nachdem die Gaststätte Harmonie im Ortsteil Oberkirchberg zum 1. Januar 2022 den Betrieb einstellte, kamen engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die Gemeinde mit der Idee zu, den Gaststättenbetrieb wiederzubeleben. Unter Moderation der Gemeinde gründete sich in der Folge ein Bürgerprojekt. Ziel ist es, die Gaststätte genossenschaftlich herzurichten und zu betreiben.

Mitte September fand dazu ein Vororttermin mit einem Gutachter der DEHOGA statt. Der Gutachter untersuchte, unter welchen Voraussetzungen sich an dieser Stelle eine Gastwirtschaft betreiben lässt. Mit dem Gutachten soll ein Architekt den Aufwand für eine Sanierung abschätzen können. Das Bürgerprojekt erhielt für das Gutachten eine Landesförderung von bis zu 4.000 €. Sofern die Förderung nicht ausreichend sein sollte, übernimmt die Gemeinde den Restbetrag.

In einem weiteren Schritt ist geplant, das Projekt einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und um Unterstützung zu werben. Der Genossenschaft sollen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beitreten, um das Kapital für die notwendigen Investitionen zu erhalten.

Carsharing – Konzept für Illerkirchberg

Der Gemeinderat hat das vorgeschlagene Carsharing-Konzept für Illerkirchberg gebilligt. In einem ersten Schritt wird danach eine Carsharing-Station im Ortsteil Unterkirchberg eingerichtet. Durch diese Station wird der gemeindliche Dienstwagen für das Rathaus ersetzt – deshalb soll sich der Standort auch in der Nähe des Rathauses befinden. In einem weiteren Schritt soll dann ein Standort im Ortsteil Oberkirchberg eingerichtet werden. Die finanziellen Mittel dafür sollen in den Haushaltsplan 2023 eingestellt werden.

Volkshochschule – Antrag auf Erhöhung des Zuschusses

Der Gemeinderat hat beschlossen, dem Antrag der Volkshochschule Ulm auf Erhöhung des Umlagesatzes zu folgen. Derzeit gewährt die Gemeinde einen Zuschuss in Höhe von 0,60 € pro Einwohner an die Volkshochschule. Die Volkshochschule beantragte eine Erhöhung auf 1,00 € pro Einwohner ab dem Jahr 2023 und 1,50 € pro Einwohner ab dem Jahr 2025. Der Gemeinderat bewilligte zunächst den für 2023 beantragten Zuschuss. Für die Entscheidung, ob der Zuschuss ab 2025 nochmals erhöht werden soll, erbat sich der Gemeinderat weitere Informationen, insbesondere über die Entscheidungen der umliegenden Gemeinden. Sofern die nun bewilligte Höhe nicht auskömmlich sei, soll die Volkshochschule nochmals auf die Gemeinde zukommen.

Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen – Umsetzungskriterien

Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen gewinnen immer mehr an Bedeutung. Im Nachbarschaftsverband Ulm hat man sich deshalb im Juli auf eine einheitliche Vorgehensweise verständigt, die der Gemeinderat nun auch für die Gemeinde Illerkirchberg beschlossen hat. Es sieht vor, dass anhand einer vom Nachbarschaftsverband erstellten Übersichtskarte, aus der regionalplanerische Restriktionen ersichtlich sind, ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt wird. Grundstückseigentümer können sich mit ihren Grundstücken bei der Gemeinde bewerben. Anschließend findet eine verwaltungsinterne Prüfung statt, an die sich eine Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat anschließt.

Änderung der Feuerwehrentschädigungssatzung

Da die Arbeiten des Feuerwehr-Gerätewarts immer umfangreicher werden, hat der Gemeinderat beschlossen, fortan zwei Feuerwehr-Gerätewarte mit einer monatlichen Aufwandsentschädigung für das ehrenamtliche Engagement in Höhe von 40,00 € zu bedenken.

Bericht über die Ergebnisse der Verkehrsschau am 28. April 2022

Die Verwaltung berichtete dem Gemeinderat über die Ergebnisse der Verkehrsschau vom 28. April 2022. Das Protokoll ging erst kurz vor der letzten Sitzung vor der Sommerpause ein, sodass erst jetzt über die Ergebnisse berichtet werden konnte. Während einer Verkehrsschau entscheidet die Verkehrsbehörde (Landratsamt Alb-Donau-Kreis) nach Anhörung der Verkehrsschaukommission (Polizei und Straßenbaulastträger) über verkehrsrechtliche Maßnahmen

Baugesuche

Das gemeindliche Einvernehmen wurde erteilt für:

- Weihungsstraße 45 – Erstellen von Terrassenüberdachungen im EG,
- Gartenstraße 6 – Neubau eines Zweifamilienhauses (Tektur),
- Illerstraße 41/1 – Neubau eines Zweifamilienhauses mit Anbau und Garage.

Sonstiges Bekanntgaben

a) Kernzeit Oberkirchberg – Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung

Die Gemeinde hat mit mehreren Anträgen am Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter (VwV Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung) teilgenommen. Hierbei wurden im Zuge der neuen Kernzeit Oberkirchberg mehrere Anträge bewilligt:

1. Antrag vom 01.06.2021 – u. a. Umgestaltung Schulhof / Einrichtungsgegenstände
Zuwendungsfähige Ausgaben: 255.000,00 EUR
Zuschuss: 178.500,00 EUR
(Bekanntgabe - Gemeinderatssitzung vom 23.09.2021)
2. Antrag vom 02.08.2022 – Schul- und Kernzeitküche
Zuwendungsfähige Ausgaben: 74.041,26 EUR
Zuschuss: 51.828,88 EUR

b) Recyclinghof – Aufstellung einer Mauer (hölzernes Material)

Auf dem Recyclinghof wurde eine Mauer beim hölzernen Material vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis aufgestellt. Diese soll die Bewirtschaftung im Recyclinghof erleichtern.

c) Abwasserbeseitigung – Zwischenstand zur Abwasserdruckleitung zum Sammler Staig

Am 28.07.2022 wurde der Abwassersammler der Weihungstalgemeinden testweise mit der Abwassermenge geflutet, die auch bei einem Anschluss der Gemeinde Illerkirchberg in den Sammler geleitet werden würde. Sowohl die rechnerischen als auch die gemessenen Ergebnisse beim Probelauf haben ergeben, dass ein Anschluss der Gemeinde Illerkirchberg an den Abwassersammler der Weihungstalgemeinden keine negativen Auswirkungen hat und Ertüchtigungen in nur geringem Umfang erforderlich sind. In einem gemeinsamen Gespräch mit den Weihungstalgemeinden im April 2022 hatten diese signalisiert, im Falle eines positiven Ergebnisses des Probelaufs zu weiteren Verhandlungsgesprächen bereit zu sein. Im Anschluss an den Probelauf wurden die Ergebnisse an die Weihungstalgemeinden versandt und um Rückmeldung gebeten, ob diese dem Anschluss der Gemeinde Illerkirchberg an den interkommunalen Abwassersammler, vorbehaltlich der noch zu führenden Verhandlungen, grundsätzlich zustimmen können.

d) Sachstand Homepage

Der Auftrag für die neue Homepage wurde vergeben. Derzeit werden die Texte aufgestellt und abgestimmt. Die Vereine wurden angeschrieben und um Abgabe ihrer Texte bis 07.10.2022 gebeten. Eine Test-Homepage wurde entwickelt und innerhalb dieser Funktion werden die Strukturen und Aufbauschemas derzeit überarbeitet und neu strukturiert. Derzeit stimmen wir den Termin für die Inbetriebnahme mit der Auftragnehmerin ab. Auch dort kommt es wegen der Entwicklung der letzten Monate zu Verzögerungen.

e) Energiesparmaßnahmen

– Abschaltung der Flutlichtbeleuchtung des Kirchturmes in Unterkirchberg

Nach § 8 der Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (Kurzfristenenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung – EnSikuMaV) muss die Beleuchtung von Gebäuden und Baudenkmalern von außen abgeschaltet werden. Nach Rücksprache mit Pfarrer Boos und Rückmeldung anderer Gemeinden bezüglich der weiteren Vorgehensweise bei Turmbeleuchtungen wurde die

Abschaltung des ca. 1500 Watt starken Flutlichtstrahlers am Kirchturm in Unterkirchberg beauftragt.

f) Taubenvergrämung an der Sporthalle – Beauftragung des Angebotes der Firma Schädler zur Anbringung von Spikes und Rücksprache mit dem im Gebiet der Sporthalle tätigen Jäger

Die Firma Schädler wurde nach Gemeinderatsbeschluss vom 21.07.2022 mit der Anbringung von Spikes an der Sporthalle beauftragt. Zuvor wurde Rücksprache mit dem im Gebiet tätigen Jäger Herrn Thomas Kasper gehalten, welcher die Spikes als eine sinnvolle und wirkungsvolle Maßnahme ansieht. Herr Kasper erklärte, dass die Spikes optisch besser seien als der Taubenkot und dadurch auch eine mögliche Beschädigung der Fassade durch diesen abgestellt werden. Sollten die Tauben weitere Nistplätze finden, bot Herr Kasper an, eine Jägerin zu beauftragen, die einen Turmfalken einsetzen könne. Eine dauerhafte Lösung seien jedoch nur die Spikes, da ein Turmfalkeneinsatz aus Naturschutzgründen während der Brutzeit ausgeschlossen sei.

g) Gemeindeentwicklungskonzept – MLR bewilligt Förderung in Höhe von bis zu 20.000,00 €

Auf den Antrag der Gemeinde Illerkirchberg hin gewährt das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit Bescheid vom 13. September 2022 eine Zuwendung in Höhe von bis zu 20.000,00 €. Die geschätzten Gesamtkosten des Projekts liegen – einschließlich aller internen Kosten – bei ca. 75.000,00 €.

Der Gemeinderat hatte die Verwaltung bereits in der Juni-Sitzung ermächtigt, den Auftrag an das Büro Reschl Stadtentwicklung zu vergeben. Nachdem das Ministerium dem vorzeitigen Maßnahmenbeginn zugestimmt hatte, beauftragte die Verwaltung das ausgewählte Büro.

Die Förderung stammt aus Mitteln des Projekts „Der Ländliche Raum für Zukunft“, an dem die Gemeinde im Jahr 2021 teilgenommen hat. In einem Workshop hatten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv mit der Gemeindeentwicklung befasst, waren jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass zunächst ein solches Konzept erarbeitet werden müsse, um weitere Maßnahmen daraus ableiten zu können. Allen Teilnehmergemeinden stand nun ein sehr kurzes Zeitfenster offen, Förderanträge für Einzelprojekte zu stellen.

h) Flüchtlingssituation

Die Verwaltung berichtet, dass die Flüchtlingssituation im Land – und auch im Landkreis – sehr angespannt ist. Es sind bereits jetzt mehr Geflüchtete im Alb-Donau-Kreis, als 2015/2016. Im Alb-Donau-Kreis müssen aufgrund der Zugänge in den Landeserstaufnahmestellen im Jahr 2022 noch zwischen 900 bis 1.200 Personen aufgenommen werden. Für die Städte und Gemeinden heißt das, Zuweisungen von zwischen 550 und 700 Personen in die Anschlussunterbringung. Die Unterbringungssituation sei dem Landratsamt zufolge derart prekär, dass Hallenbelegungen in der Fläche nicht mehr auszuschließen seien.

Die Kapazitäten in den kommunalen Unterkünften reichen zwar derzeit noch aus, allerdings ist auch in Illerkirchberg bald das Limit erreicht. Insofern bat die Verwaltung darum, auch privaten Wohnraum an solche Geflüchtete zu vermieten, die aus den kommunalen Unterkünften ausziehen darf.

i) Breitbandausbau

Nachdem der Gemeinderat beschlossen hat, den Graufleckenausbau im Zuge des Weißfleckenausbaus anzugehen, schrieb das beauftragte Ingenieurbüro GeoData die Bauarbeiten aus. Die Submission erfolgt in den nächsten Tagen.

Im Neubaugebiet, das nicht innerhalb des geförderten Ausbaus angeschlossen wird, sind die Arbeiten derzeit in vollem Gange. Einige Arbeiten müssen noch an den bereits verbauten Komponenten vorgenommen werden, GeoData informierte die Verwaltung jedoch, dass dies zu keinen Verzögerungen führen werde.

Anschließend fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.